

**Monika Ruff-Händelkes** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen geben immer Anlass, ein bisschen Abstand vom aktuellen tagespolitischen Geschäft zu nehmen. Man tritt einfach ein paar Schritte zurück, um sich einen Gesamteindruck zu verschaffen – von dem, was passiert ist, und vor allen Dingen von dem, was noch passieren wird. Das versuche ich heute Abend zu später Stunde einmal.

In diesem Zusammenhang ist eines für uns ganz wichtig: Im Bereich Wohnungsbau hat Herr Minister Wittke sich einiges geleistet. Er hat sich nämlich etwas geleistet, was eigentlich nur von der Koalition von FDP und CDU begrüßt werden kann. Darauf komme ich später zurück.

Herr Minister, das Wichtigste, was im letzten Jahr passiert ist, ist aber, dass die LEG 2008 an Whitehall verkauft wurde. Noch einmal zur Erinnerung: Wir sprechen hier von Fonds der großen Investmentbank Goldman Sachs. 93.000 Wohnungen sind seit dem Verkauf dem Verantwortungsbereich der Landesregierung entzogen worden.

Die festgelegte Sozialcharta zeigt ihre ersten Lücken, und zwar auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Vor der Übergabe wurden noch schnell Mieterhöhungen vorgenommen, von denen der neue Eigentümer dann natürlich profitieren kann. Noch einmal zur Erinnerung, falls viele der Kolleginnen und Kollegen der FDP und CDU das vergessen haben: Dort leben fast ausschließlich Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen.

Herr Wittke, die Politik Ihres Ministeriums enttarnt damit vor allem den schauspielernden Ministerpräsidenten. Ich bezeichne ihn jetzt einmal als Schauspieler mit einer sozialen Aura; denn mehr ist es nicht. Er lässt zu, dass die Landeswohnungsbaupolitik geschwächt wird. Er lässt zu, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der LEG nicht im Wohnungsbau verbleiben, sondern bei Minister Pinkwart oder – was noch weitaus schlimmer ist – in irgendwelchen Schattenhaushalten landen.

Man könnte ja annehmen, dass Ihr Engagement an anderer Stelle Früchte trägt. Wenn wir den Haushalt anschauen, sehen wir aber Folgendes: Als Gegenleistung haben Sie und Ihr Ministerium für den Verkauf der landeseigenen Wohnungen – wir haben es ganz genau nachgerechnet – nichts, aber auch absolut gar nichts bekommen.

Nun zur eigentlichen Wohnungsbauförderungspolitik des Landes: Ja, es ist ein leichter Zuwachs des Wohnungsbaus zu erkennen. Das gebe ich auch zu. Liebe Kolleginnen

und Kollegen, wenn man einmal ganz genau hinschaut, stellt man allerdings fest, dass das vor allem an Mitteln liegt, die hälftig vom Bund kommen.

Was ist aber mit der aktuell wichtigsten Aufgabe, den Rückgang des Bestandes an bezahlbaren Sozialwohnungen aufzuhalten und vor allen Dingen bezahlbare Wohnungen altengerecht und energetisch zu sanieren? Richtig, die Förderprogramme für die Bestandspflege werden besser nachgefragt; das haben wir festgestellt. Der Bedarf ist aber wesentlich höher als die von Ihnen veranschlagten Summen.

Dies war vorauszusehen. Nicht nur wir haben das vorausgesehen, sondern auch – was für Sie viel wichtiger sein sollte – die Fachleute und vor allen Dingen die kommunalen Vertreter. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen. Auch Sie, Herr Kollege Sahnen – vielleicht darf ich Sie kurz zitieren –, haben schon Ende 2007 deutlich gemacht, dass 2050 ein Drittel aller Einwohner NRWs über 65 Jahre alt sein werden.

So weit möchte ich heute aber nicht in die Zukunft schauen; denn jetzt und in den nächsten Jahren müssen wir uns den Aufgaben stellen. Noch einmal zur Verdeutlichung: 70 % der Wohnungsbestände müssen saniert werden. Dazu sind 7 Milliarden € nötig. Wir müssen also eine Menge Geld aufbringen. Das haben uns die Fachleute mitgeteilt.

Wir haben dazu einen Antrag vorgelegt, der morgen auf der Tagesordnung steht; denn es ist wichtig, noch einmal darzulegen, warum wir das Geld brauchen und für wen wir das Geld brauchen.

Diese Herausforderungen des sozialen Wohnungsbaus sind unserer Landesregierung bekannt; das wissen wir. Dass Experten den Bauminister in der letzten Zeit nachdrücklich auf den Handlungsstau und Handlungsdruck hingewiesen haben, wissen wir auch. Um es noch etwas deutlicher zu sagen: Bei der letzten Anhörung zum Wohnungsbauförderungsgesetz gab es unter den Expertinnen und Experten niemand, der nicht darauf hingewiesen hat.

Am Anfang meiner Zeit in diesem Parlament habe ich gedacht, dass Anhörungen einen Eindruck machen. Wie auch andere aus meiner Fraktion wäre ich positiv überrascht, wenn es gerade dann, wenn es um ein Konjunkturpaket geht, letztendlich aufgrund einer Einsicht von Ihrer Seite doch noch dazu käme, dass die Fachleute wahrgenommen und vor allen Dingen ernst genommen werden.

Heute Nachmittag gegen 16:30 Uhr hatten wir eine Dringliche Anfrage. Es war dabei ganz besonders interessant, dass nicht Herr Minister Wittke sich genötigt sah, zum sozialen Wohnungsbau Stellung zu nehmen, sondern dass Finanzminister Linssen im Rahmen dieser Anfrage unaufgefordert verkündete, der soziale Wohnungsbau werde gesteigert.

(Beifall von Minister Oliver Wittke)

– Ich freue mich über Ihren Applaus, Herr Minister; das ist ehrlich gemeint. – Und dies sagte er mit dem Zusatz: den Anforderungen entsprechend. Was aber mit der Vollintegration der Wohnungsbauförderungsanstalt in die NRW.BANK geschehen soll, dazu haben Sie, Herr Minister Wittke, nicht Stellung genommen. Sie sind der zuständige ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Lassen Sie sich überraschen!)

– Oh, wir lassen uns so gerne überraschen, wenn es gute Dinge sind. Noch einmal zum Verständnis: Das ist keine Überraschung. Was heißt Vollintegration? Vollintegration heißt – das wurde heute Nachmittag mehrmals gesagt –, es gibt keine politische Einflussnahme mehr auf die Wohnraumförderung. Das können Sie auch nicht leugnen, Herr Minister Linssen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Es gibt – das, Herr Minister Wittke, haben Sie heute Nachmittag mehrmals gesagt – viel eher eine mögliche oder gar wahrscheinliche Abschaffung der Zweckbindung des Landeswohnungsbauvermögens für Zwecke der Wohnraumförderung. Das Schlimme dabei ist, dass binnen kurzer Zeit – ich denke, es sind anderthalb oder zwei Jahre – die beiden wichtigsten und größten Instrumente des Landes in der Wohnungsbaupolitik einfach aus der Hand gegeben werden. Das ist für uns als SPD-Fraktion nicht hinnehmbar.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zusammenfassen: Mehr als eine halbe Milliarde € hat Minister Wittke der Wfa entzogen und dem Finanzminister zur Verfügung gestellt. 787 Millionen € bekommt Minister Pinkwart aus den Erlösen des LEG-Verkaufs. Die 18 Milliarden € Landeswohnungsbauvermögen gehen an die NRW.BANK, wenn Sie auch heute Nachmittag gesagt haben, die seien schon längst da. Aber das ist noch einmal etwas

ganz anderes, meine Damen und Herren. Der Ausverkauf der Wohnungspolitik in NRW dürfte bald abgeschlossen sein.

Herr Minister Wittke, für die Wohnungspolitik des Landes tragen Sie – das sage ich jetzt schon seit drei Jahren – die Verantwortung. Ich denke einmal, dass Sie sie auch bis zum Jahre 2010 tragen. Aber es ist keine sozial verantwortliche und in die Zukunft weisende Politik. Die sieht nach unserer Meinung anders aus. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antworten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)